

# LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

54. Jahrgang · 18. Wahlperiode · Ausgabe 1 · 2. Februar 2023

## Aktuelle Stunde

Die Sperrung der maroden Rahmedetalbrücke auf der A 45 hat zu einer kontroversen Debatte im Landtag geführt. Die Oppositionsfractionen hatten dazu eine Aktuelle Stunde beantragt. S. 3

## Hausarztversorgung

Die hausärztliche Versorgung insbesondere in ländlichen Gebieten bereitet Sorgen. Über Maßnahmen gegen den Mangel debattierte der Landtag auf Antrag der Fraktionen von CDU und Grünen. S. 7

## Gedenken

Landtag und Landesregierung haben mit einer Gedenkstunde an die Opfer des Nationalsozialismus erinnert. 78 Jahre zuvor war das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau befreit worden. S. 12-13

## Europakonferenz

Unter Leitung des Präsidenten des Landtags, André Kuper, hat in Brüssel die Europakonferenz der deutschsprachigen Parlamente stattgefunden. Im Mittelpunkt: der Kampf gegen den Antisemitismus. S. 14

## Aus Alt mach Neu Debatte über chemisches Recycling



# INHALT



Foto: Schälte

## Zurück in den Kreislauf

Anhörung zum chemischen Recycling ..... S. 9

### Plenum

Streit um Autobahnbrücke ... S. 3

Meldungen ..... S. 4

Zukunft der  
Hausarztversorgung ..... S. 7

„Erinnern heißt, Verant-  
wortung zu übernehmen“ ... S. 8

### Forum

Holocaust-Gedenkstunde  
im Landtag ..... S. 12

### Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2129 (montags bis freitags, 9 bis 13 Uhr), [landtag-intern@landtag.nrw.de](mailto:landtag-intern@landtag.nrw.de)

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

### Sorge vor wachsendem

Antisemitismus ..... S. 14

Malwettbewerb:

Hoffnungen auf Frieden ..... S. 15

Aus den Fraktionen ..... S. 16

Ausschüsse

Meldungen ..... S. 18

### Porträt

Thorsten Schick (CDU) ..... S. 19

Kurz notiert ..... S. 20

**Herausgeber:** Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion (red):** Wibke Busch (wib, V.i.S.d.P.), Michael Zabka (zab), Thomas Becker (tob), Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2064 (sow), 884-2309 (bs), [landtag-intern@landtag.nrw.de](mailto:landtag-intern@landtag.nrw.de)

**Redaktionsbeirat:** Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Mehrdad Mostofizadeh (Grüne), Marcel Hafke (FDP), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Andreas Hahn (SPD), Arne Lieb (Grüne), Tobias Havers (FDP), Christian Schäler (AfD).

Redaktionschluss: Montag, 30. Januar 2023, 11 Uhr  
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten. Kürzungen oder Veränderungen der Beiträge sind nicht zulässig. Die Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ liegen in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Fraktion.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Abgeordneten und Wahlbewerberinnen und -bewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.

**Auflage:** 30.000

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · [www.dehaar.de](http://www.dehaar.de)

**Herstellung und Versand:** reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

**Internet-Adressen:** [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de), [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

**Landtag Intern** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

**Weitere Hinweise**

[www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de)



# Streit um Autobahnbrücke

25. Januar 2023 – Hat die Landesregierung den Abriss und Neubau der seit mehr als einem Jahr gesperrten Rahmedetalbrücke auf der A 45 hinausgezögert? Um diese Frage ging es in einer Aktuellen Stunde. Die Fraktionen von SPD, FDP und AfD hatten die Debatte beantragt. Sie kritisierten zudem, dass der E-Mail-Verkehr zwischen Staatskanzlei und damaligem Verkehrsministerium in diesem Punkt unvollständig sein solle. Die Landesregierung wies die Vorwürfe zurück.

Medienberichten zufolge solle die Landesregierung eingeräumt haben, dass E-Mails aus dem Jahr 2020 fehlten, heißt es im Antrag der SPD-Fraktion (18/2670). Es gehe „um E-Mails zwischen dem Verkehrsministerium und der Staatskanzlei, als Ministerpräsident Wüst noch Verkehrsminister war“. Die Fraktion sieht „eklatante Verstöße gegen die Grundsätze einer ordnungsgemäßen Aktenführung“.

Die Sperrung der Brücke sorgte für „ein gewaltiges Verkehrschaos in der gesamten Wirtschaftsregion Südwestfalen“ mit Folgekosten in Milliardenhöhe, schreibt die FDP-Fraktion in ihrem Antrag (18/2671). Lange vor der Sperrung sei klar gewesen, dass die Brücke neu gebaut werden müsse. „Jedoch wurde der Neubau nicht priorisiert, sondern nach hinten verschoben.“ Die Fraktion spricht von einer „Fehlentscheidung“ und fragt, wer die „politische Verantwortung“ trage.

Die Landesregierung müsse die Öffentlichkeit über die „zurückliegenden Entscheidungsprozesse rund um die Brücken-Affäre an der A 45“ informieren, so die AfD-Fraktion in ihrem Antrag (18/2672). Die „erstaunlichen Aktenlücken“ und das Fehlen von E-Mail-Korrespondenz seien dazu geeignet, „das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Landesregierung nunmehr nachhaltig zu erschüttern“.

**Alexander Vogt** (SPD) warf Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) vor, er habe als damaliger Verkehrsminister nichts getan, um das „Brückendesaster“ auf der A 45 zu verhindern. Dies sei eine Fehlentscheidung gewesen, die eine ganze Region betreffe. Die Menschen müssten „vor Wut und Verzweiflung ins Lenkrad“ beißen. Zudem habe Wüst versucht, die Verantwortung zunächst seinem Amtsvorgänger und dann Mitarbeitenden zuzuschreiben. Beides habe nicht funktioniert. Vogt forderte den Mi-

nisterpräsidenten auf, Verantwortung zu übernehmen, sich bei den betroffenen Menschen und Unternehmen in der Region zu entschuldigen und Transparenz zu schaffen.

FDP-Fraktionschef **Henning Höne** nannte die A 45 die „Hauptschlagader“ Westfalens. Die Sperrung der Rahmedetalbrücke wirke wie ein „Gerinnsel“. Es drohe ein „volkswirtschaftlicher Infarkt“. Höne forderte, alles zu unternehmen, um den benötigten Ersatzneubau zu beschleunigen und für weitere anstehende Sanierungs- und Neubauprojekte zu lernen. Dazu sei politischer Mut erforderlich. Zugleich kritisierte er, es sei versucht worden, Verantwortung abzuschieben. Unterlagen legten den Verdacht nahe, dass die Öffentlichkeit und das Parlament getäuscht worden seien. Daher müsse die Landesregierung „die Salomitaktik“ stoppen und Unterlagen offenlegen.

## „Aderlass“

Der Ausfall der Rahmedetalbrücke bedeute einen „Aderlass an Lebensqualität für Lüdenscheid und die gesamte Region Südwestfalen“, kritisierte **Klaus Esser** (AfD). Die wirtschaftlichen Verluste seien „gigantisch“, mit geschätzten 1 Million Euro pro Tag. Das sei die Folge von falschem Handeln und Fehlentscheidungen, die Hendrik Wüst als ehemaliger Verkehrsminister mitverantworten habe. Nun komme ein weiterer „Skandal“ hinzu. Ministerpräsident Wüst behaupte „Dinge, die sich schnell als falsch“ herausgestellt hätten. „Wir werden diese wirklich unfassbaren Vorgänge im Sinne der Bürgerinnen und Bürger aufklären.“

Seine Vorredner hätten Behauptungen, Mutmaßungen und Spekulationen aneinandergereiht, erwiderte **Oliver Krauß** (CDU). Fakt sei, dass die CDU in ihrer Regierungsverant-

wortung seit 2017 die Verkehrsinfrastruktur in NRW verbessert habe: Stellen für Personal seien erhöht, Gelder deutlich aufgestockt und Planungsverfahren beschleunigt worden. Wann genau eine Brücke saniert werde, entschieden Fachleute, nicht die Politik. Mit dem Neubau der Rahmedetalbrücke hätte früher begonnen werden müssen, räumte Krauß ein. Das sei aber erst mit dem Wissen heutiger Prüfberichte klar. Für den Neubau der Brücke wiederum sei die Bundesregierung zuständig.

Die Brückensperrung sei für die Region eine Katastrophe und fürs Land eine Herausforderung, sagte **Martin Metz** (Grüne). Die Bevölkerung leide unter den Umleitungsverkehren. „Das Drama der Rahmedetalbrücke ist das Ergebnis jahrzehntelanger falscher Verkehrspolitik“, sagte er. Die in den 1960er- und 1970er-Jahren entstandenen Brücken seien für den Lkw-Verkehr des 21. Jahrhunderts nicht ausgelegt. Erforderlich sei die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene. Der Ablauf bei der Rahmedetalbrücke taue nicht für eine „Skandalisierungsaffäre“. Metz hielt der Opposition „politische Taktiererei“ vor.

Er habe von der Opposition nichts gehört, das einen Vorwurf gegen die Landesregierung rechtfertigen würde, sagte Verkehrsminister **Oliver Krischer** (Grüne). Seit einem Jahr sei man dabei, die Situation vor Ort zu verbessern. „Ich erlebe eine Opposition, die nichts dazu beiträgt“, sagte Krischer. Sein Ministerium habe „zahlreiche Anfragen in diesem Zusammenhang wahrheitsgemäß, umfassend und klar beantwortet“. Entscheidende Projektakten lägen aber bei der Autobahn GmbH des Bundes. Deren zuständige Leiterin sei im Verkehrsausschuss und bei einem Termin in Lüdenscheid anwesend gewesen. Die Opposition habe dort keine Fragen gestellt. *wib, tob, zab*

Foto: dpa/Jochen Tack



## Angriffe in der Silvesternacht

25.1.2023 – Die Ausschreitungen während der Silvesternacht hatten ein Nachspiel im Landtag. Auch in nordrhein-westfälischen Städten wurden Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte angegriffen, mit Böllern beworfen und Raketen beschossen. Die SPD-Fraktion fordert in einem Antrag ([18/2553](#)) eine „konsequente Strafverfolgung der Täter“ und mehr Personal für die Justizbehörden. Erforderlich seien aber auch „sozialpolitische, bildungspolitische und integrationspolitische Maßnahmen“. Der Landespräventionsrat solle gemeinsam mit weiteren Akteuren Konzepte zur Bekämpfung der Gewalt erarbeiten. Die AfD-Fraktion fordert die Landesregierung in einem Antrag ([18/2561](#)) auf, „transparent, vollumfänglich und ohne vermeintliche politische Korrektheit die Umstände der Taten sowie die Tatverdächtigen zu benennen“. Sie solle die Integrationspolitik evaluieren und gegebenenfalls nachjustieren. Dabei solle sie sich an anderen europäischen Ländern orientieren, „welche Höchstquoten für ‚nicht-westliche‘ Zuwanderer in den Städten eingeführt haben“. Beide Anträge wurden zur weiteren Beratung an den Innenausschuss (federführend) überwiesen.

## Katastrophenschutz

25.1.2023 – Was passiert, wenn nichts mehr geht? Mit der Frage nach „Kommunikation und IT-Sicherheit“ im Katastrophenfall befasste sich ein Antrag der FDP-Fraktion ([18/2564](#)), der im Plenum beraten wurde. Größte Gefahren für die Kritische Infrastruktur gingen von einem langanhaltenden Ausfall der Energieversorgung, von einem damit einhergehenden Ausfall der Kommunikationsinfrastruktur sowie von Cyberangriffen aus, warnt die FDP. Sie fordert u. a., flächendeckend „Leuchttürme“ zu schaffen – also Gebäude, die im Ernstfall mit Notstrom betrieben werden und Anlaufstellen für Hilfesuchende sein sollen. Die Landesregierung solle zudem einen Masterplan

aufstellen, um einheitliche Standards für die Ausarbeitung von Katastrophenschutzplänen zu garantieren. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Innenausschuss (federführend) überwiesen.

## Élysée-Vertrag

25.1.2023 – Vor 60 Jahren, am 22. Januar 1963, unterzeichneten der französische Staatspräsident Charles de Gaulle und der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer im Élysée-Palast in Paris einen Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit, den sogenannten Élysée-Vertrag. Das Werk gilt als wichtiger Schritt zur Versöhnung beider Länder nach dem Zweiten Weltkrieg. Auf Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP ([18/2551](#), 2. Neudruck) hat sich der Landtag anlässlich des 60. Jahrestags „zu dieser beispiellosen Freundschaft im Dienste Europas“ bekannt. „Europa ist damals wie heute vor allem dann stark, wenn Deutschland und Frankreich gemeinsam die Europäische Union vorantreiben“, heißt es im Antrag. Nordrhein-Westfalen wolle die bilaterale Partnerschaft mit der Region Hauts-de-France vertiefen, etwa durch Begegnungen von Schülerinnen und Schülern. Der Antrag wurde mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen.

## Rundfunkreform

25.1.2023 – Die FDP-Fraktion hat Vorschläge für eine Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingebracht. Dieser solle sich „primär auf Nachrichten, Kultur, politische Bildung, Dokumentationen und die Angebote konzentrieren, die rein kommerzielle Veranstalter in ihren Programmen nicht als Schwerpunkt haben“, schreibt die Fraktion in einem entsprechenden Antrag ([18/2565](#)). Die Landesregierung solle sich für eine deutliche Reduzierung von öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Hörfunkkanälen einsetzen. Durch eine Fusion von ARD und ZDF solle beim Fernsehen ein bundesweites Vollprogramm mit

landesspezifischen und regionalen Fenstern entstehen. Im Hörfunk könnten Radiowellens mit vergleichbarem Musikschwerpunkt bundesweit fusionieren. So würden „redundante programmliche Parallelangebote verhindert“ und Kosten eingespart. Zur besseren Kontrolle der Rundfunkanstalten solle eine unabhängige externe Aufsicht eingeführt werden. Im Zuge der Umstrukturierungen solle das ZDF privatisiert werden. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.

## Schul- und Semesterferien

25.1.2023 – Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Hochschulangehörige steht im Mittelpunkt eines Antrags der SPD-Fraktion ([18/2555](#)). Die Fraktion spricht sich dafür aus, Schul- und Semesterferien zu harmonisieren. Die Landesregierung solle dazu mit den relevanten Akteuren in einen Dialog über die Umstellung der Semesterzeiten eintreten. Sie verweist darauf, dass Hochschulangehörige mit Kindern die Betreuung oftmals nur während der vorlesungsfreien Zeiten selbst leisten könnten. „Um das Studieren mit Kind zu erleichtern bzw. eine berufliche Tätigkeit im Hochschulwesen familienfreundlich zu gestalten, sollten sich Schulferien und vorlesungsfreie Zeiten daher möglichst stark überschneiden“, heißt es im Antrag weiter. Dieser wurde zur weiteren Beratung an den Wissenschaftsausschuss (federführend) überwiesen.

## Kindergesundheit

26.1.2023 – Einen „Masterplan zur Stärkung der Kindergesundheit“ fordert die SPD-Fraktion in einem Antrag ([18/2552](#)), der zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (federführend) überwiesen wurde. Die kinder- und jugendmedizinische Versorgung in Nordrhein-Westfalen stehe unter großem Druck, schreibt die Fraktion. Verstärkt werde er durch die „Auswirkungen der Corona-Pandemie und weite-



re zeitweise intensive Infektionswellen“. Der Masterplan solle die Themen „Gesundheitsversorgung und -infrastruktur“, „Armutsbekämpfung und -prävention“, „Bildung und Betreuung in Kita und Schule“ sowie „Sport und Vereinsleben“ berücksichtigen. Insgesamt werden rund 50 Unterpunkte genannt.

## Fachkräfte und soziale Berufe

26.1.2023 – Die Fraktionen von CDU und Grünen wollen eine Fachkräfteoffensive in Kitas, im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) und in der Jugendhilfe starten. Kitas bräuchten mehr pädagogisches Personal, um Kindern bessere Bildungschancen zu ermöglichen, begründen die Fraktionen ihr Anliegen in einem Antrag ([18/2546](#)). Die Landesregierung solle u. a. prüfen, wie Fachkräfte und Kita-Leitungen durch

Verwaltungsassistentinnen und -assistenten entlastet werden könnten. Die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen solle verbessert und beschleunigt werden. In einem zweiten Antrag ([18/2547](#)) legen CDU und Grüne dar, dass eine Fachkräfteoffensive ebenfalls im ASD sowie in der Jugendhilfe nötig sei. Akzente seien dabei u. a. die gesellschaftliche Wertschätzung sozialer Berufe, Studienplatzkapazitäten, die Anerkennung von Abschlüssen sowie Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen. Beide Anträge wurden mit Stimmen der einbringenden Fraktionen angenommen.

## Ernährung

26.1.2023 – Die Landesregierung soll eine umfassende Ernährungsstrategie für Nordrhein-Westfalen entwickeln. Dies fordern die Frakti-

onen von CDU und Grünen in einem Antrag ([18/2550](#)). Dazu gehöre, das Wissen über Ernährung insbesondere bei Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Über ein neues Programm solle es künftig zudem Unterstützung für eine gesunde und nachhaltige Verpflegung in öffentlichen Kantinen geben. Laut aktueller Studien seien Fehlernährung und Bewegungsmangel weit verbreitet. Die Folgen seien insbesondere für Kinder gravierend. Rund 15 Prozent der Kinder und Jugendlichen zwischen 3 und 17 Jahren seien übergewichtig, 6 Prozent sogar adipös. Dieses Übergewicht bleibe meistens bestehen und könne zu dauerhaften Folgeerkrankungen führen. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (federführend) überwiesen.

## Verpflichtet

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat am 25. Januar 2023 Susanne Schneider (55) als neue Abgeordnete verpflichtet. Die FDP-Politikerin aus Schwerte rückt für den zum Jahresende ausgeschiedenen Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP) nach. Landtagspräsident André Kuper gratulierte der neuen Abgeordneten und sagte: „Herzlich willkommen und viel Erfolg bei der Arbeit.“ Schneider hatte bereits von Mai 2012 bis 1. Juni 2022 dem Landtag angehört.

Foto: Schälte





Foto: Schälte

## Gewalt im Amateurfußball

26.1.2023 – Der Amateurfußball in Nordrhein-Westfalen werde maßgeblich von Ehrenamtlichen getragen, heißt es in einem Antrag der AfD-Fraktion ([18/2558](#)). Deren Engagement sei aber „durch die zunehmenden Angriffe, Bedrohungen und Respektlosigkeiten“ gefährdet. Die Zahl der Spielabbrüche bei den Männern nehme zu. Opfer seien Spieler, aber auch Schiedsrichter. Im Frauenfußball dagegen seien Spielabbrüche eine „absolute Ausnahme“, zitiert die Fraktion eine Kriminologin. Die Landesregierung solle „Lagebilder zu Straftätern im Zusammenhang mit Fußball in den nordrhein-westfälischen Amateurligen“ erstellen, veröffentlichen und mit den Fußballverbänden auswerten. Projekte und Initiativen zur Gewaltprävention sollten gefördert und verstetigt werden, um die Sportverbände bei ihren Aktivitäten zu unterstützen. Das Plenum überwies den Antrag zur weiteren Beratung an den Sportausschuss (federführend).

## Lehrkräfte-Besoldung

27.1.2023 – Lehrerinnen und Lehrer der Primarstufe und der Sekundarstufe I sollen mehr Geld verdienen. Dies sieht ein Gesetzentwurf der Landesregierung ([18/2277](#)) vor, den der Landtag in 1. Lesung beraten hat. Die Einstiegsbesoldung soll angehoben und bis 2026 in fünf Schritten in die Besoldungsgruppe A 13 überführt werden. Ziel sei es, die Attraktivität des Berufs zu steigern. Die Landesregierung werde prüfen, welche Anpassungen u.a. bei Funktions- und Leitungsämtern in Schulen aufgrund der Neubewertung erforderlich sind. Der Gesetzentwurf wurde zur weiteren Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) überwiesen.

## Laufende Gesetzgebung

**Gesetz zur Anpassung der Lehrkräftebesoldung sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften** | [18/2277](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 27. Januar 2023 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss (federführend)

**Stiftungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Stiftungsgesetz NRW)** | [18/1921](#) | Landesregierung | Hauptausschuss | in Beratung

**Gesetz über die Bestimmung von zeitlichen Grenzen für die Festsetzung von Abgaben zum Vorteilsausgleich im Land Nordrhein-Westfalen** | [18/1919](#) | Landesregierung | Ausschuss für Heimat und Kommunales | in Beratung

**Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen** | [18/2140](#) | CDU und Grüne | Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung | in Beratung

**Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen** | [18/1870](#) | SPD | Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung | in Beratung

**Gesetz zur Vermeidung von Gendersprache in den Angeboten des Westdeutschen Rundfunks (Gendersprache-Vermeidungsgesetz WDR)** | [18/1368](#) | AfD | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung



## Neue Abgeordnete

Am 27. Januar 2023 hat der Präsident des Landtags, André Kuper, die FDP-Politikerin Franziska Müller-Rech (37) als Abgeordnete verpflichtet. Sie folgt auf Dr. Joachim Stamp (FDP), der sein Mandat niedergelegt hatte. Die Diplom-Kauffrau aus Bonn hatte dem Landtag bereits von Juni 2017 bis Juni 2022 angehört. Foto: Schälte

# Zukunft der Hausarztversorgung

26. Januar 2023 – Immer weniger Hausärztinnen und Hausärzte finden eine Nachfolge für ihre Praxen. Das Problem ist vor allem in ländlichen Regionen drängend. In einer Aktuellen Stunde debattierte der Landtag über Wege, um die hausärztliche Versorgung sicherzustellen.

In den kommenden fünf bis zehn Jahren sei ein „erhöhter Nachbesetzungsbedarf im hausärztlichen Bereich“ zu erwarten, heißt es im Antrag der Koalitionsfraktionen (18/2673). Ziel müsse sein, durch konsequentes Handeln die ambulante Versorgung gerade in ländlichen Regionen sicherzustellen.

Ein Drittel der knapp 11.200 Hausärztinnen und Hausärzte in Nordrhein-Westfalen habe das 60. Lebensjahr überschritten und werde in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen, sagte **Marco Schmitz** (CDU). Es sei nicht klar, ob alle Praxen nachbesetzt werden können. Die Politik habe bereits die richtigen Schritte eingeleitet. Als Beispiele nannte er das Hausärzte-Aktionsprogramm, die Landarztquote und mehr Studienplätze. Eine Alternative zur Niederlassung sei die Anstellung in „medizinisch-gemeinwohlorientierten Versorgungszentren“, sagte Schmitz. Auch die Telemedizin könne helfen, die medizinische Versorgung sicherzustellen.

## Ärztegenossenschaften

Hausärztinnen und Hausärzte spielten in der Gesundheitsversorgung eine „zentrale Rolle“, sagte **Meral Thoms** (Grüne). Auch aus der Prävention und der sozialmedizinischen Beratung seien sie nicht wegzudenken. Dennoch gebe es gerade auf dem Land „massive Nachwuchsprobleme“. Um die Attraktivität des Berufs zu steigern, brauche es ein Bündel an Maßnahmen. Erforderlich seien u. a. mehr „kooperative Versorgungsformen“ wie Gemeinschaftspraxen, Ärztegenossenschaften oder medizinische Versorgungszentren. In fünf Modellregionen sollen „gemeinwohlorientierte, multiprofessionelle Gesundheitszentren“ eingerichtet werden, kündigte Thoms an.

Mängel in der Hausärzteversorgung seien seit Jahren deutlich erkennbar, sagte **Serdar Yüksel** (SPD). Es habe „genügend Warnrufe“ gegeben, gerade aus dem ländlichen Raum und strukturschwachen Regionen, in denen sich die Situation in Zukunft weiter zuspitzen werde. Der Fachkräftemangel sowie der demografische Wandel seien zentrale Probleme im Gesundheitswesen und weit darüber hinaus. Es sei „enttäuschend, was die Landesregierung bisher und auch in der letzten Legislatur auf den Weg gebracht hat“. Ziel müsse sein, flächendeckend und wohnortnah eine gute medizinische und pflegerische Versorgung vorzuhalten.

Die Fakten seien nicht neu, sagte **Yvonne Gebauer** (FDP). Der Mangel an Hausärztinnen und Hausärzten sei schon oft Thema im Landtag gewesen. Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) habe unter schwarz-gelber Regierungsverantwortung zwischen 2005 und 2010 sowie 2017 und 2022 zahlreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht. Dazu zählten Zuschüsse für Ärztinnen und Ärzte, die eine eigene Praxis eröffnen wollten, mehr Medizinstudienplätze sowie mehr Unterstützung für Gemeinden mit weniger als 25.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Es müsse weiter daran gearbeitet werden, dem Hausärztemangel entgegenzutreten.

Auch AfD-Fraktionschef **Dr. Martin Vincentz** kritisierte, dass das Problem nicht neu sei. Die Debatte komme mindestens 11 Jahre zu spät, solange dauere in der Regel eine Medizinausbildung. Er sprach auch von einem Versagen der Politik in den vergangenen Jahren. Beispielsweise mit der Landarztquote seien zwar erste gute Schritte erfolgt. Diese würden aber das grundsätzliche Problem nicht lösen. Auch

sei die Schaffung von weiteren Medizinstudienplätzen nicht einfach. Wenn man um Medizinerinnen und Mediziner aus dem Ausland werbe, schwäche man die Situation in diesen Ländern. „Wir müssen das Problem selbst lösen“, mahnte Vincentz.

Gesundheitsminister **Karl-Josef Laumann** (CDU) wies die Kritik der Opposition zurück. Das Problem sei, dass es zu wenig Medizinstudienplätze gebe. Daher sei in seiner Zeit als Minister beschlossen worden, in Bielefeld eine neue Fakultät mit dem Schwerpunkt Allgemeinmedizin zu errichten. An der Hochschule Witten-Herdecke sei die Zahl der Medizinstudienplätze verdoppelt worden. Als erstes Land habe NRW zudem die Landarztquote eingeführt. Und man habe dafür gesorgt, dass die Vereinbarkeit von Familie und Hausarztpraxis besser geworden sei. Das virtuelle Krankenhaus sei eingeführt. Weitere Schritte zur stärkeren Digitalisierung in der Medizin folgten.

*zab, tob, wib*

Foto: Schälte



# „Erinnern heißt, Verantwortung zu übernehmen“

27. Januar 2023 – Die Landesregierung soll die Erinnerung an die Shoah und die weiteren Verbrechen der NS-Zeit wachhalten sowie deren Aufarbeitung vorantreiben. Ein entsprechender Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP wurde einstimmig angenommen – am Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus.



Fotos: Schälte

Thorsten Schick (CDU)

Thomas Kutschaty (SPD)

Verena Schäffer (Grüne)

Henning Höne (FDP)

Dr. Hartmut Beucker (AfD)

Minister  
Nathanael Liminski (CDU)

Vor Beginn der Plenarsitzung hatten Landtag und Landesregierung mit einer bewegenden Gedenkstunde an die Opfer des Nationalsozialismus erinnert (Seiten [12](#) und [13](#)).

Gedenkstätten, Erinnerungsorte und Museen sollen unterstützt und weiterentwickelt, Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung jüdischen Lebens in Nordrhein-Westfalen verstärkt werden, heißt es im Antrag („Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus – Erinnern heißt Verantwortung zu übernehmen“, [18/2549](#)). Die politische Bildung solle weiter gestärkt und der Schwerpunkt „Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus“ beibehalten werden.

CDU-Fraktionschef **Thorsten Schick** sagte: „Auschwitz ist das Symbol des industriellen Massenmordes.“ Auschwitz stehe für das „größte Verbrechen der Menschheit“. Der Gedenktag zur Befreiung des Konzentrationslagers am 27. Januar 1945 sei eine Aufforderung und eine Pflicht zu überprüfen, „ob wir genug tun, um Menschenwürde, Freiheit, Demokratie

und Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen – und zwar gegen alle Feinde“.

## „Es kann wieder geschehen“

Auf das Gedenken an den Holocaust müsse das Verstehen folgen, wie dieses „Menschheitsverbrechen“ möglich werden konnte, sagte der Vorsitzende der SPD-Fraktion, **Thomas Kutschaty**. Fortschritt schütze nicht vor Zivilisationsbrüchen. In den 1930er-Jahren sei aus dem „Land der Dichter und Denker“ ein „Land der Täter“ geworden. Kutschaty: „Die Shoa ist auch die Folge eines moralischen Versagens des deutschen Bildungsbürgertums.“

„Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen“, an diesen Satz des ehemaligen Auschwitz-Häftlings Primo Levi erinnerte die Vorsitzende der Grünen-Fraktion **Verena Schäffer**. Die Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit der Geschichte sei auch am 78. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz lange nicht abgeschlossen. Mit Blick auf die

Erinnerungsarbeit sagte sie: „Es darf keinen Schlussstrich geben.“

FDP-Fraktionschef **Henning Höne** sagte, man sei das Gedenken und Erinnern den Opfern schuldig, aber auch den Kindern, damit sich Geschichte nicht wiederhole. Alle trügen Verantwortung, damit die Erinnerungskultur lebendig bleibe. Höne erinnerte an eine Studie von Ende 2022, wonach jeder zweite Deutsche ein regelmäßiges Erinnern an den Holocaust für nicht notwendig halte. Dies mache ihm Angst. Erinnern sei der beste Schutz gegen Verharmlosung.

Auch **Dr. Hartmut Beucker** (AfD) betonte, die heutige Verantwortung bedeute, die Erinnerung wachzuhalten und dafür zu sorgen, dass es keine Wiederholung gebe. Die „unendliche Grausamkeit“ der nationalsozialistischen Ideologie manifestiere sich in den Opfern und dem Leid der Überlebenden und Angehörigen. Beucker kritisierte allerdings den Antrag der vier Fraktionen als unzureichend. Dennoch werde seine Fraktion zustimmen.

Der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien des Landes Nordrhein-Westfalen und Chef der Staatskanzlei, **Nathanael Liminski** (CDU), begrüßte, dass es nach der beeindruckenden Gedenkstunde von Landtag und Landesregierung auch eine Debatte im Plenum zum Gedenktag gebe. Dies sei ein „starkes Zeichen“, dass in NRW kein Platz für Antisemitismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit sei. In Zukunft müsse man bei der Erinnerungskultur auch neue Wege gehen. Dazu werde die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem in diesem Jahr eine „revolutionäre digitale Gedenkarbeit“ vorstellen.

tob, wib

## Auszüge aus dem Antrag

„Das Erinnern an die Shoah ist und bleibt eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung und Pflicht, damit sich dieses Menschheitsverbrechen nie wiederholen kann. Die Lehre aus den Verbrechen des Nationalsozialismus muss das unverrückbare Einstehen für Demokratie, Menschenrechte und Frieden sein. Jeder Mensch muss frei von Angst und Diskriminierung leben können. Das solidarische Miteinander in einer vielfältigen demokratischen Gesellschaft und das Eintreten gegen Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus und jede Form von

Menschenfeindlichkeit ist die Leitlinie unseres Handelns als Demokratinnen und Demokraten.“

„Der Schutz jüdischen Lebens hat aufgrund unserer historischen Verantwortung einen besonderen Stellenwert. Er ist nicht nur Aufgabe der Sicherheitsbehörden, sondern der gesamten Gesellschaft. Antisemitische Äußerungen dürfen nie unwidersprochen bleiben. Alle Demokratinnen und Demokraten sind aufgefordert, menschenverachtenden Äußerungen und versuchten Diskursverschiebungen entgegenzutreten.“



# Zurück in den Kreislauf

18. Januar 2023 – Verpackungen und ausgediente Gegenstände bestehen oft aus mehreren Schichten von Kunststoff, Glas oder Papier. Da ist professionelles Recycling gefragt, um Rohstoffe aufzubereiten. Die FDP-Fraktion will chemische Recyclingverfahren stärken – ein Vorschlag, mit dem sich Sachverständige beschäftigt haben.

Im vergangenen Jahr seien nur 8,6 Prozent der verwendeten Rohstoffe recycelt worden, schreibt die FDP-Fraktion in einem Antrag (18/1662), der der Anhörung zugrunde lag. Mehr als 90 Prozent der ausgedienten Materialien würden dem Wirtschaftskreislauf nicht wieder zugeführt. Das gehe aus dem sogenannten Circularity Gap Report für das Jahr 2022 hervor. Gebrauchte Materialien mittels chemischer Verfahren wieder aufzubereiten, berge „erhebliches wirtschaftliches Potenzial“ vor allem für die Bau- und Abfallwirtschaft sowie für die Kunststoffindustrie.

Aktuell werde in der Kreislaufwirtschaft vornehmlich „werkstoffliches Recycling“ angewandt, in Fachkreisen auch „mechanisches Recycling“ genannt, schreibt die Fraktion. Abfälle werden dabei nach Kunststoffart sortiert, gewaschen, eingeschmolzen und zu sogenannten Rezyklaten aufbereitet, die als Ausgangsstoff für neue Produkte verwendet werden. Die Verunreinigung von Kunststoffen durch Glas, Metalle, Fasern, Papier, Verbundmaterialien und Additive erschwere allerdings das werkstoffliche Recycling, so die FDP-Fraktion.

Beim chemischen Recycling wiederum werde ein Produkt in seine chemischen Grundbausteine zerlegt. Es stehe anschließend – frei

von Schadstoffen – wieder zur Verfügung, um neue Produkte zu fertigen. Das chemische solle das werkstoffliche Recycling nicht ersetzen, sondern ergänzen und Lücken schließen, schlägt die Fraktion vor. Es sollten Modellregionen für die „zirkuläre Wirtschaft“ aufgebaut werden, um Nordrhein-Westfalen zum „Kreislaufwirtschaftsland Nr. 1“ zu machen. Die Landesregierung solle zudem u. a. die Einrichtung von Reallaboren und Demonstrationsanlagen für die Forschung, Entwicklung und kommerzielle Erprobung von chemischem Recycling vorantreiben.

## „Noch nicht marktfähig“

Der Verband der Kunststoffindustrie „Kunststoffland NRW“ begrüßte die im Antrag formulierten Vorschläge. Bisherige Verfahren sollten um chemisches Recycling ergänzt werden. Die Zeit dränge, da derzeit zahlreiche Projekte initiiert würden. Zwar seien auch mithilfe des mechanischen Recyclings Fortschritte erzielt worden. Dieses Verfahren stoße bei schwer zu recycelnden Kunststoffen oder häufigen Recyclingdurchläufen aber an seine Grenzen. Chemisches Recycling dagegen eigne sich vor allem für verunreinigte und gemischte Kunststoffe.

Positiv bewertete den Antrag auch der Landesverband Nordrhein der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie. Es sei zu begrüßen, chemisches Recycling „als einen wesentlichen Bestandteil der Kreislaufwirtschaft“ und „Grundvoraussetzung für eine gelingende Kreislaufwirtschaft“ ins Spiel zu bringen. Mechanisches Recycling könne die Qualität der aufbereiteten Stoffe negativ beeinflussen und zu Verunreinigungen führen. „Chemisches Recycling kann hier ein ergänzendes Verfahren sein, um die Qualität zu verbessern.“ Allerdings werde es aktuell selten angewandt. Das hänge u. a. damit zusammen, dass chemisches Recycling „noch nicht marktfähig“ und meist „energieintensiv“ sei. Weitere Forschung sowie Subventionen für Unternehmen seien nötig.

Laut Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie ist die „fundamentale Umgestaltung der Wertschöpfungskette Kunststoff“ wichtig, um der „Wegwerfgesellschaft“ etwas entgegenzusetzen. Einen wichtigen Baustein könne das chemische Recycling bilden, wobei der Begriff unterschiedliche Technologien umfasse, bei denen zu differenzieren sei. Es bestehe „Handlungsdruck“, weil besonders in den Niederlanden mit Hochdruck in ähnliche Strukturen investiert werde. Chemisches

Foto: Schälte



Recycling wiederum dürfe nicht zum Alibi für die Verpackungsindustrie werden. Die Recyclingfähigkeit von Kunststoffverpackungen und die Langlebigkeit von Produkten seien weiter zu erhöhen.

Das chemische Recycling erfahre aktuell großes Interesse in Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft, bemerkten der Verband der Chemischen Industrie sowie der Verband der Kunststoffherzeuger „Plastics Europe“. Es sei eine „aussichtsreiche Lösung, um eine breite Palette von kunststoffhaltigen Abfällen zu recyceln, die bisher nicht recycelt werden konnten“, heißt es in einer gemeinsamen Stellungnahme. Chemisches Recycling leiste in Kombination mit mechanischen Verfahren einen entscheidenden Beitrag zur Erreichung der Klima- und Kreislaufziele des „Green Deal“ der Europäischen Union. Auch die Bundesregierung habe sich zum Ziel gesetzt, die Kreislaufwirtschaft zu stärken, und greife das chemische Recycling im Koalitionsvertrag auf.

### Vorteile herkömmlicher Verfahren

Kritisch äußerte sich der Bundesverband Sekundärstoffe und Entsorgung. Unter dem Begriff „Chemisches Recycling“ seien unterschiedliche Verfahren zusammengefasst. Daher sei es schwierig, „generelle beziehungsweise vereinheitlichende Aussagen zum chemischen Recycling zu treffen“. Ein Vorteil des werkstofflichen Recyclings wiederum sei, dass die chemische Struktur von Kunststoffen erhalten bleibe. Daher sei es „ökologisch so vorteilhaft“. Es ermögliche Mehrfachnutzungen von Rohstoffen und verbrauche weniger Energie als das chemische Recycling.

Prof. Dr. Peter Georg Quicker von der RWTH Aachen fügte an, Produkte sollten von vornherein so gestaltet und gefertigt sein, dass mithilfe bewährter mechanischer Verfahren mehrere Recyclingdurchläufe möglich seien. Ließen sich Stoffe auf diese Weise nicht recyceln, könne das chemische Recycling eine Alternative sein. Im Auftrag des Bundes führe er aktuell eine Studie zu Techniken und Potenzialen des chemischen Recyclings durch. Bevor Gesetzesänderungen auf den Weg gebracht werden, sollten die Ergebnisse der Studie abgewartet werden. Sie würden gegen Ende des Jahres veröffentlicht.

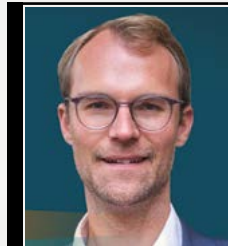
Eingeladen zur Anhörung hatten in einer gemeinsamen Sitzung der Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie sowie der Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume.

tob

## Standpunkte

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

### Mechanisches Recycling ...



**Dr. Christian Untrierer**  
(CDU)



... ist ein wesentlicher Baustein, um Kohlenstoffkreisläufe zu schließen und aus Kunststoffabfällen Sekundärrohstoffe zu gewinnen. Die Transformation zur Kreislaufwirtschaft ist zentral für unser Industrieland, um international wettbewerbsfähig zu bleiben und die Klimaziele erreichen zu können.



**André Stinka**  
(SPD)



... ist geübte Praxis und ein wichtiger Grundstein für die Kreislaufwirtschaft, die wir anstreben. Sammlung, Sortierung und Prozesse gilt es weiter zu optimieren. Doch auch das Produktdesign muss stärker auf mechanisches Recycling ausgerichtet werden.



**Jan Matzoll**  
(Grüne)



... ist die erste Wahl, um Kunststoffe im Kreislauf zu halten, Abfall zu reduzieren und ressourceneffiziente Langlebigkeit zu garantieren. Das heutige mechanische Recycling hat bereits eine hohe Effizienz. Doch bei jedem Einschmelzen und Weiterverarbeiten verkürzen sich die Polymerketten, d. h. der Kunststoff wird poröser und kann nicht mehr mechanisch recycelt werden.



**Dietmar Brockes**  
(FDP)



... sollte primär angewendet werden und ist innerhalb der Abfallhierarchie vor dem chemischen Recycling anzuwenden. Kunststoffe, die bisher nicht weiter mechanisch recycelt werden können oder stark verunreinigt sind, werden zumeist verbrannt.



**Christian Loose**  
(AfD)



... ist ein wichtiger Teil unserer aller Bestrebungen, angefallene Reststoffe als das zu behandeln, was sie sind: wertvolle Rohstoffe, die zur Entlastung unserer Umwelt einer neuerlichen Verwendung zugeführt werden.

# Beiträge zum Thema chemisches Recycling

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

## Chemisches Recycling ...

... hat das Potenzial, das mechanische Recycling sinnvoll zu ergänzen. Die Qualität der Kunststoffabfälle – etwa bei Verbundstoffen – setzen dem mechanischen Recycling Grenzen. Chemisches Recycling kann hier ansetzen und helfen, die Recyclingziele zu erreichen. Es besteht allerdings noch Forschungs- und Entwicklungsbedarf, dem es mit Demonstrationsvorhaben in NRW zu begegnen gilt.

... müssen wir ausbauen, um mehrmals mechanisch recyceltem Material die Eigenschaften wiederzugeben, die den Kunststoff ausmachen. Das Ziel: Statt den Rohstoff irgendwann nur noch verbrennen zu können, wollen wir ihn endlos nutzen. Das nennt man zirkuläre Nutzung. Sie hilft beim Umwelt- und Klimaschutz. Die beiden Formen des Recyclings sollten dabei ergänzend zur Anwendung kommen.

... kann eine wichtige Ergänzung für das Recyceln von Kunststoffen sein, wenn mechanisches Recyceln an Grenzen stößt. Ob und wie das der Fall ist, muss die Forschung noch zeigen. Gleichzeitig darf bei einer Kreislaufwirtschaft der Zukunft nicht vergessen werden, dass z. B. sparsamer Ressourceneinsatz, nachhaltige Materialien und Abfallvermeidung ökologisch und ökonomisch sinnvoller sind als komplexe Recyclingverfahren.

... setzt da an, wo das mechanische Recycling an seine Grenzen stößt. Lücken in der Kreislaufwirtschaft können damit geschlossen werden. Zum einen werden Schadstoffe aus den Kunststoffen separiert, zum anderen erhält man dadurch einen neuwertigen Grundstoff. Wichtig ist, dass die Technologie auch in NRW genutzt wird. Dafür muss chemisches Recycling technologisch auf die Recyclingquoten angerechnet werden können.

... kann grundsätzlich eine sinnvolle Ergänzung des mechanischen Recyclings sein. Allerdings sind die Verwertungsverluste bei diesem Verfahren besonders hoch, und es wären enorme Subventionen nötig, sodass diese Methodik aus ökologischer und ökonomischer Sicht nicht in der Breite angewendet werden sollte.

## Modellregionen ...

... für Kreislaufwirtschaft und chemisches Recycling sind für NRW eine industriepolitische Chance im Wettlauf um Investitionen. Es geht darum, dass in Deutschland die richtigen regulatorischen und ökonomischen Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähig aufgestellte Kunststoffindustrie gesetzt werden. Dazu zählen auch Reallabore, um die Technologien gemeinsam mit der Industrie praxisnah voranzubringen.

... können probieren, was schon alles geht. Müllvermeidung, Recycling und zirkuläre Nutzung halten Rohstoffe im regionalen Kreislauf, statt sie zu verbrennen. NRW und das Rheinische Revier sind dafür geschaffen, Vorreiter bei der Kreislaufwirtschaft zu werden. Das Land muss das koordinierend fördern und passende Regeln schaffen, um kreislaufoptimierte Prozesse großflächig in die Anwendung zu bringen.

... können aufzeigen, was schon heute technisch möglich ist, um Kreisläufe zu schließen und Rohstoffe sowie Energie einzusparen. Wenn der Weg der Gewinnung, Verarbeitung und Verwertung von Stoffen lückenlos dokumentiert wird, Aufbereitung vor Ort stattfindet und diese Materialien dann ortsnah in den Kreislauf zurückgeführt werden, können wir den Rohstoffbedarf, die Belastung der Verkehrswege sowie den Energieverbrauch reduzieren.

... sowie Reallabore und Pilotanlagen sind wichtig, um die Forschung, Entwicklung und die Marktreife des chemischen Recyclings voranzubringen. Die Entwicklungsbedingungen für die Technologie sind mit den vielen spezialisierten Industrie- und Chemieunternehmen in NRW fast nirgendwo besser.

... können eine sinnvolle Umgebung zur Erprobung komplexer, neuer Verfahren und Anwendungen sein. Sie sind aber im Regelfall aus Steuermitteln hoch subventioniert und sollten deshalb nur über einen zu Beginn des Modellversuchs eindeutig begrenzten zeitlichen Rahmen gefördert werden.

## Müllvermeidung ...

... kann einen Beitrag leisten, allerdings wird sich Abfall auf absehbare Zeit nicht ganz vermeiden lassen. Es geht vielmehr darum, die Abfälle als Wertstoff zu sehen. Darum ist die Entwicklung von smarten Produktdesigns entscheidend, durch die unterschiedlichste Kunststoffe einfacher zu recyceln sind und eine Gewinnung von Sekundärrohstoffen besser möglich ist.

... bleibt oberstes Gebot. In einer richtigen Kreislaufwirtschaft sind Reststoffe gleich Wertstoffe. Langlebigkeit und Beschaffenheit des Produkts sind entscheidend. Dazu können wir Verantwortlichkeiten in der Wegwerfgesellschaft neu organisieren. Beispiel: Der Hersteller bleibt verantwortlicher Eigentümer des Geräts, der Verbraucher nutzt es gegen Geld. Das Recht auf Reparatur ist ein erster Schritt.

... ist die Grundlage für das Gelingen der Kreislaufwirtschaft. Das Motto heißt: Reduce, Reuse, Recycle. Wir müssen die Gesamtmenge an Abfall reduzieren. Und da fängt es bereits beim Produktdesign und der Reparaturmöglichkeit an. Was also noch zu reparieren ist und somit weiterhin seiner Bestimmung nach genutzt werden kann, sollte „reused“ – weiter genutzt – werden. Erst an dritter Stelle kommt das Recycling.

... oder besser gesagt Ressourcenschonung muss immer oberste Priorität haben. Das schont die Umwelt und spart Energie. Und das ist wiederum gut für Umwelt und Klima. Ziel muss es sein, den Ressourcenverbrauch auf ein Minimum zu reduzieren und die Recyclingquote beim Rest zu maximieren.

... funktioniert wohl in kaum einem Land der Erde besser als in Deutschland.

# Holocaust-Gedenkstunde im Landtag

27. Januar 2023 – Mit einer bewegenden Gedenkstunde haben Landtag und Landesregierung an die Opfer des Nationalsozialismus erinnert. Vor 78 Jahren, am 27. Januar 1945, hatten Soldaten der Roten Armee das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz befreit. Mehr als eine Million Menschen, die meisten von ihnen Jüdinnen und Juden, wurden dort ermordet. Ruth Weiss, 1924 als Kind jüdischer Eltern in Fürth geboren, konnte 1936 nach Verkündung der Nürnberger „Rassegesetze“ mit ihrer Familie nach Südafrika auswandern. Im Plenarsaal berichtete sie aus ihrem Leben.

Der Präsident des Landtags, André Kuper, begrüßte zahlreiche Gäste im Plenarsaal, darunter Vertreterinnen und Vertreter von Verbänden, die Opfergruppen der NS-Zeit repräsentieren, so vom Landesverband der Sinti und Roma, des Schwulen- und Lesbenverbands und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. An der Veranstaltung nahm auch die Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, teil.

Besonders begrüßte der Präsident die Zeitzeugin Ruth Weiss. „Es erfüllt mich mit großer

Dankbarkeit, dass wir heute einen Menschen in unserer Mitte haben, der mit seiner Familie den Schergen Hitlers entkommen ist.“

In seiner Rede sagte Kuper: „Uns alle, die wir zu dieser Gedenkstunde gekommen sind, eint eine doppelte Verpflichtung: Wir wollen die Verfolgten, die Geschundenen, Geächteten und Toten der NS-Diktatur niemals in Vergessenheit geraten lassen. Und wir sind zugleich fest entschlossen, uns im Wissen um ihre Schicksale – mit allen nur verfügbaren Kräften der Demokratie und des Rechtsstaates – gegen den Hass,

gegen die Menschenfeindlichkeit, gegen den Antisemitismus unserer Zeit zu stellen.“

Ministerpräsident Hendrik Wüst sagte: „Wir wollen die Erinnerung an das schreckliche Geschehen lebendig halten. Wir tun das, ja, weil wir es den Opfern schuldig sind. Wir tun es aber auch, weil wir es uns selber schuldig sind. Weil wir uns durch das Gedenken unserer Werte versichern und unsere Zukunft sichern wollen.“

Zeitzeugen wie Ruth Weiss berührten mit ihren Berichten unmittelbar. Der Ministerpräsident mahnte: „Wenn es diesen unmittelbaren Weg der Berührung einmal nicht mehr geben kann, dann wird Gedenken sicherlich schwieriger werden. Aber nicht weniger wichtig.“ Daher müsse auch ein Gedenken erhalten werden, das emotional berühre und mitfühlen lasse.

## Einsatz gegen Rassismus

Ruth Weiss hat sich als Journalistin in Südafrika seit den 1960er-Jahren gegen das Unrecht der Apartheidpolitik, Rassismus und Diskriminierung eingesetzt. Sie hat es sich auch zur Aufgabe gemacht, jungen Menschen aus ihrem Leben zu berichten. An der Gedenkstunde nahmen Schülerinnen und Schüler aus Münster und Düsseldorf teil, mit denen Weiss gesprochen hatte.

Die Zeitzeugin berichtete von ihren Erfahrungen als Kind im Nationalsozialismus. Als Neunjährige habe sich nach der Machtergreifung



Die 98-jährige Zeitzeugin Ruth Weiss berichtete in einer beeindruckenden Rede von ihren Erfahrungen im Nationalsozialismus.



# – Erinnern und die Zukunft sichern

plötzlich alles geändert in dem kleinen Dorf bei Nürnberg, in dem sie mit Eltern und der älteren Schwester Margot lebte. Sie seien in der Schule ausgegrenzt, auf dem Heimweg mit Dreck beworfen worden. Der Vater, der als Freiwilliger im Ersten Weltkrieg gekämpft habe, habe seine Arbeit verloren. Ihm gelang 1933 die Flucht nach Südafrika, Mutter und beide Töchter folgten 1936.

## „Traumwunsch als Maßstab“

Weiss berichtete über ihre Erfahrungen mit der Apartheid in Südafrika, aber auch über das lange Schweigen und Verschweigen der deutschen Gesellschaft nach 1945 über Nationalsozialismus und Holocaust. Mit Blick auf den heutigen Antisemitismus sagte sie: „Scham, kollektive Schuld der Nachkriegsgeneration wäre heute total fehl am Platz. Nur die Täter sind schuldig. Bei einer Veranstaltung vor vielen Jahren über die Gnade der späten Geburt hörte ich einen jungen Mann, der rief: Ich möchte wieder stolz sagen, ich bin Deutscher. Ja, das kann er. Wenn er versteht, dass die Verantwortung auch von Nachkommen getragen wird.“

Weiss endete mit den Worten: „Eine inklusive, harmonische Gesellschaft kann nur gemeinsam mit Gerechtigkeit, Respekt und Toleranz gefördert werden.“ Dieses Ziel, dazu eine Mehrheit, die antisemitische und antiislamische Angriffe verurteilt und Vergangenheitsbewältigung gutheißt – „dies erlaubt die Hoffnung auf eine Zukunft in Deutschland, in der antisemitische, fremdenhassende Übergriffe Geschichte sind. Und dass kein Polizeischutz für jüdische Einrichtungen benötigt wird. Dies ist ein Traumwunsch. Aber er muss der Maßstab sein“.



Der Präsident des Landtags, André Kuper (r.), mit (v. r.) der Zeitzeugin Ruth Weiss, Ministerpräsident Hendrik Wüst und dem Vorsitzenden des Verbandes der jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe, Zwi Rappoport. Fotos: Schälte

Zwi Rappoport, Vorsitzender des Verbandes der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe, verwies in seiner Rede auf eine aktuelle Umfrage, nach der sich fast die Hälfte der Deutschen einen Schlusstrich in Bezug auf die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus wünsche. „Dieses beruhigende Ergebnis führt uns einmal mehr vor Augen, wie bitter notwendig es ist, solchen Tendenzen auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen entgegenzuwirken.“ Rappoport schlug vor, dass alle Jugendlichen aus Nordrhein-Westfalen im Lauf ihrer Schulzeit einmal eine KZ-Gedenkstätte besuchen sollten. „Denn neben der Wissensvermittlung

wird an diesen authentischen Orten am ehesten Empathie zu erzeugen sein.“

Pumeza Matshikiza (Sopran) und das Aria Bläserquintett gestalteten die Gedenkstunde musikalisch, unter anderem mit Stücken von Paul Hindemith. Die Veranstaltung endete mit einer Gedenkminute für die Opfer des Nationalsozialismus.

*tab, zab, wib*

Einen Mitschnitt und ein Video zur Gedenkstunde finden Sie auf: [www.landtag.nrw.de/Mediathek](http://www.landtag.nrw.de/Mediathek)

Einen Bericht zur Plenardebatte zum Gedenktag lesen Sie auf [S. 8](#).

Das Bild zeigt das Torhaus des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau. Foto: PantherMedia / Mariusz Blach

# Sorge vor wachsendem Antisemitismus

22./23. Januar 2023 – Spitzenvertreterinnen und -vertreter von 27 Länderparlamenten haben in Brüssel auf Einladung des amtierenden Vorsitzenden der Landtagspräsidentenkonferenz (LPK), André Kuper, eine Erklärung gegen Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens verabschiedet. Weitere Themen betrafen u. a. die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sowie die Rolle regionaler Parlamente bei der bürgernahen Vermittlung europäischer Themen.



Judenhass müsse noch entschiedener bekämpft und jüdisches Leben in Europa noch stärker gefördert werden – das zeigten alle Wortbeiträge unmissverständlich, bevor die Landtagspräsidentinnen und -präsidenten die „Brüsseler Erklärung“ gegen Judenhass in Europa diskutierten und verabschiedeten. Von einem „eindeutigen Signal“ sprach André Kuper, Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, unter dessen Vorsitz die Vertreterinnen und Vertreter aus deutschsprachigen Parlamenten in Brüssel gemeinsam tagten.

„Unsere Einigkeit ist unsere Stärke“, sagte Kuper. „Wir Demokratinnen und Demokraten stehen hier in Brüssel und in unseren Hauptstädten zusammen auf gegen Hass und Hetze.“ Das Judentum trage seit mehr als zweitausend Jahren zur sozialen, politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Entwicklung Europas und seiner Regionen bei. „Es ist untrennbar mit unserer Identität verbunden.“ Jüdisches Leben sei bunt und vielfältig und Teil der europäischen Kultur. „Es gehört in unsere Parlamente, in unseren Alltag und in unsere Nachbarschaften.“

Mit ihrer Erklärung sagten die Landtagspräsidentinnen und -präsidenten der im Oktober 2021 verabschiedeten „EU-Strategie der Europäischen Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens“ ihre Unterstützung zu. Die Vertreterinnen und Vertreter der Landtagspräsidentenkonferenz forderten aber auch eine „stärkere Einbeziehung in grenzüberschreitende, nationale Projektvorhaben, die sich gegen Antisemitismus richten“. Länderparlamenten komme eine zentrale Rolle bei der Antisemitismusbekämpfung zu. Als bürgernahe und in Deutschland für Bildungspolitik zuständige Parlamente nehmen sie „eine entscheidende Mittlerrolle zwischen den

André Kuper (r.), Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, mit Katharina von Schnurbein, Antisemitismusbeauftragte der Europäischen Kommission, und dem Kärntner Landtagspräsidenten Reinhard Rohr. Die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola (linkes Bild), wurde zugeschaltet. Fotos: Schälte

Bürgerinnen und Bürgern und der Europäischen Union ein“, heißt es in der Brüsseler Erklärung.

Am Austausch der LPK beteiligte sich auch die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, die per Video zugeschaltet war. „Die europäische Gesetzgebung kann nur effektiv sein und sich der Probleme vor Ort annehmen, wenn sie nah an den Menschen ist“, sagte Metsola zur Rolle der Parlamente als Vermittler zwischen der Europäischen Union und den Bürgerinnen und Bürgern in den Regionen. Der Ausspruch „Alle Politik ist lokal“ sei aktueller denn je. „Unser gemeinsames Ziel ist es, Europa stärker zu machen – auf regionaler, nationaler und EU-Ebene.“

## Erklärung mit Vorbildcharakter

Wie nötig der Kampf gegen Judenhass sei, darauf verwies Katharina von Schnurbein bei der Konferenz, die Antisemitismusbeauftragte der Europäischen Kommission. Europaweit berichteten neun von zehn Jüdinnen und Juden über steigenden Antisemitismus. Terroristische Anschläge auf die Synagoge in Halle, auf das jüdische Museum in Brüssel sowie geschändete Friedhöfe und Steinwürfe gegen koschere Restaurants seien „nur die Spitze des Eisbergs“. Trotz der verschwindend kleinen jüdischen Gemeinde in Europa – mit nicht einmal 0,1 Prozent der Bevölkerung – seien Jüdinnen und Juden in Europa mit Abstand das größte Ziel von Hassverbrechen.

„Wo Antisemitismus gedeiht, ist die Demokratie in Gefahr“, mahnte von Schnurbein. Zu

Beginn ihrer Amtszeit als Präsidentin der Europäischen Kommission habe Ursula von der Leyen daher den Kampf gegen Antisemitismus ins Zentrum ihrer Agenda gerückt. Laut EU-Strategie sollen zum Jahr 2030 rund 100 Initiativen zur Bekämpfung von Antisemitismus umgesetzt werden, von denen 55 Projekte im Jahr 2022 bereits gestartet seien, berichtete die Antisemitismusbeauftragte. An die Teilnehmenden der Konferenz gerichtet, ergänzte sie: „Viele Initiativen betreffen auch Sie, die Länder und Regionen (...). Ihre Erklärung bettet sich ein in ein immer feinmaschigeres Netz von internationalen, nationalen und regionalen Antisemitismusstrategien.“ Die Brüsseler Erklärung habe Vorbildcharakter für andere Regionen in Europa.

Im Anschluss an ihre Erklärung besuchten die Teilnehmenden der Konferenz das flämische Parlament in Brüssel, wo sie sich mit Abgeordneten über die „Rolle der gesetzgebenden Parlamente der Teilstaaten in Europa“ austauschten. *tob*

## Information

Die Landtagspräsidentenkonferenz (LPK) koordiniert die Interessen von 27 deutschsprachigen Landesparlamenten in Deutschland, Österreich, Südtirol und Belgien. Die Präsidentinnen und Präsidenten tagen regelmäßig unter jährlich wechselnder Federführung. Die nächste LPK findet vom 18. bis 20. Juni 2023 in Ostwestfalen statt. Sie wird durch die Landtagsdirektorenkonferenz (LDK) vom 7. bis 9. Mai in Bonn vorbereitet.

# Bunte Hoffnungen auf Frieden

17. Januar 2023 – „Was wünscht Ihr Euch für das Jahr 2023?“ Unter dieser Leitfrage hatte der Präsident des Landtags, André Kuper, einen Malwettbewerb an den 4. Klassen der nordrhein-westfälischen Grundschulen gestartet. Und die Schülerinnen und Schüler ließen sich nicht lange bitten: 125 Bilder von 91 Schulen gingen beim Landtag ein – mit vielen Hoffnungen und Träumen.

„Gebt den Kindern das Kommando“, forderte Herbert Grönemeyer schon 1985 in seinem Lied „Kinder an die Macht“. Und wenn es nach den Viertklässlern in Nordrhein-Westfalen ginge, sähe die Welt ein gutes Stück besser aus.

Angesichts des russischen Angriffskriegs in der Ukraine spielte die Hoffnung auf Frieden eine sehr große Rolle in den Bildern der Kinder. Weitere Topthemen waren die Hoffnung auf ein Ende der Corona-Pandemie sowie der Klima-, Natur- und Tierschutz. Aber auch sehr persönliche Bitten malten die Viertklässler, so der Wunsch nach einem eigenen Hund oder „besserer Schlaf für Mama“.

Der Präsident des Landtags, André Kuper, freute sich über die vielen schönen Bilder und den gelungenen Wettbewerb. Er sagte: „Der Landtag trifft Entscheidungen für unsere Zukunft und damit besonders für die Kinder. Deswegen ist es für mich beeindruckend zu sehen, wie Kinder unsere Welt sehen. Neben den ganz alltäglichen berechtigten Wünschen ist bewegend zu sehen, wie wichtig Frieden ist. Die Bilder sind ein Aufruf an uns alle, sich für Frieden, Freiheit und Demokratie einzusetzen.“

Die Jury des Landtags, bestehend aus dem Präsidenten, Vizepräsident Rainer Schmeltzer, Vizepräsidentin Berivan Aymaz und Vizepräsident Christof Rasche, hatte es angesichts der vielen schönen Vorschläge nicht leicht. Nach intensiver Jurysitzung mussten aber Siegerinnen und Sieger gekürt werden.

Den 1. Platz belegte die Klasse 4b der Pestalozzischule in Krefeld, die 1.000 Euro für ihre Klassenkasse erhielt. Die Kinder hatten ganz persönliche Spuren auf ihrem Werk hinterlassen und mithilfe ihrer Fingerabdrücke einen „Wünschebaum“ gemalt. Liliias Wunsch für 2023 ist „Frieden“, Rayan wünscht sich, dass es kein Corona mehr gibt, und Hannah, dass ihre



Das Präsidium des Landtags mit den Siegerbildern: Der Präsident des Landtags, André Kuper (2.v.l.) präsentiert das Siegerbild der Pestalozzischule Krefeld. Vizepräsident Rainer Schmeltzer (r.) ist mit dem Bild der Paul-Gerhardt-Schule in Rheine (Platz 2) zu sehen, Vizepräsidentin Berivan Aymaz mit dem Bild der Katholischen Grundschule Buisdorf in Sankt Augustin (Platz 3). Vizepräsident Christof Rasche (l.) hat die Bastelarbeit der Grundschule Burg Berge in Odenthal in den Händen, die einen Sonderpreis erhielt. Foto: Schälte

Großeltern gesund bleiben. Yakubs Wunsch: eine „glückliche Familie“, Ben hofft dagegen auf „viele Fußballtore“ im Jahr 2023.

## „Spaß für alle“

Platz 2 und damit 750 Euro gingen an die Klasse 4b der Paul-Gerhardt-Schule in Rheine. Ihr besonders buntes Bild zeigt die Kinder mit Luftballons. Und der größte Wunsch der Klasse ist „Spaß für mich – für dich – für uns alle“. In ihrer Begründung schreiben die Schülerinnen und Schüler: „Spaß ist wichtig, und damit meinen wir auch, friedlich miteinander zu leben.“

Über Platz 3 (250 Euro) konnten sich die Schülerinnen und Schüler der Klasse 4a der

Katholischen Grundschule Buisdorf in Sankt Augustin freuen. Sie malten einen „Wunschfüllungs-Briefkasten“ und legten ganz viele gebastelte Umschläge mit Wünschen hinein. „In der Nacht hat er sich auf wundersame Weise geöffnet und nun fliegen unsere Wünsche in die Welt hinaus, um erfüllt zu werden“, schrieben die Kinder an die Jury.

Diese lobte zusätzlich einen mit 250 Euro dotierten Sonderpreis aus, der an die Walklasse (4b) der Grundschule Burg Berge in Odenthal ging – Auszeichnung für eine besonders aufwendige Bastelarbeit. Die Kinder hatten ihre Hoffnungen und Wünsche in kleine Pakete gepackt. *wib*



# Sitzung

## AUS DEN FRAKTIONEN

Foto: Schälte

### Wir machen NRW fit für die Zukunft

Nordrhein-Westfalen geht mit großen Schritten auf eine Zukunft voller Veränderungen und Herausforderungen zu: Kohleausstieg, Klimaschutz, Transformation der Industrie, Ausbau der Erneuerbaren Energien. Um für den Fortschritt unseres Landes die Weichen richtig zu stellen, gibt es den Landesentwicklungsplan (LEP). „Allerdings ist Landesplanung hoch komplex und sehr langwierig“, erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion, Jan Heinisch. „Deshalb wollen wir jetzt aufs Tempo drücken: Wir brauchen die wichtigen Weichenstellungen für ein klimaneutrales, aber wirtschaftlich prosperierendes NRW nicht in einigen Jahren, sondern



so schnell wie möglich.“ Deshalb haben CDU und Grüne im Landtag einen Antrag eingebracht mit dem Ziel, das Verfahren für einen neuen LEP deutlich zu beschleunigen und an die aktuellen Notwendigkeiten anzupassen. „Wir brauchen flexible Antworten auf die Veränderungsbedarfe von Unternehmen und Energieversorgung“, nennt Heinisch ein Beispiel. „Auch beim Entwicklungsspielraum unserer Kommunen wollen wir eine Trendwende einläuten. Die Leute, die wissen, was gebraucht wird, sitzen vor allem auch vor Ort – sie sollen ihre Ideen freier als bisher umsetzen können, sofern sie mit landesplanerischen Zielen wie Sparsamkeit beim Flächen-

verbrauch vereinbar sind.“ Grenzen für den Rohstoffabbau, der Erhalt landwirtschaftlicher Flächen sowie der Raum für den Windkraft-Ausbau sind weitere wichtige Punkte für eine neue Landesplanung – und nicht zuletzt liefert diese die Voraussetzung, damit der Strukturwandel im Rheinischen Revier nach dem Aus des Kohleabbaus gelingen kann. So wird NRW fit für die Zukunft.

Mehr zum Windkraft-Ausbau in NRW



### Kinderschutz nach Lügde: Wie können wir Kinder in NRW besser schützen?

Der Missbrauchskomplex von Lügde erschüttert nach wie vor zutiefst und zeigt, dass Kinder nicht immer so sicher sind, wie sie es sein sollten. In einem Werkstattgespräch Mitte Januar sind wir der Frage nachgegangen: Wie können wir Kinder in NRW besser schützen? Heinz Hilgers, Präsident des Deutschen Kinder-

schutzbundes, und Britta Altenkamp, ehemalige Vorsitzende der Kinderschutzkommission des Landtags NRW, diskutierten dieses wichtige Thema mit uns und unseren Gästen.

Kinderrechte gehören ins Grundgesetz, forderte Heinz Hilgers nachdrücklich. Der Personalmangel in Kitas und Schulen sei ein Problem: Den Mitarbeitenden fehle oftmals die Zeit, um Kinderschutzkonzepte in den jeweiligen Einrichtungen weiterzuentwickeln. Britta Altenkamp kritisierte zudem, dass weder der Nachtragshaushalt 2022 noch der Haushalt 2023 entscheidende finan-

zielle Mittel für mehr Kinderschutz enthalten würden.

Auch wenn das Kinderschutzgesetz in NRW ein Fortschritt ist, zeigte die Debatte eindrücklich: Für den besseren Schutz der Kinder ist noch viel zu tun. Unser Team Chancengleichheit mit den Familien- und Bildungspolitikern unserer Fraktion wird sich weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen, Kindern den Schutz zu ermöglichen, den sie brauchen.





## Arbeits- und Fachkräftebedarf von heute und morgen sichern

Nordrhein-Westfalen lebt vom Gründergeist und der Vielfalt seiner Menschen. Doch die Folgen des Arbeits- und Fachkräftemangels sind quer durch alle Branchen spürbar und stellen die Gesamtgesellschaft vor große Herausforderungen: Kitas und Jugendämter sind an der Belastungsgrenze und Unternehmen und Einrichtungen müssen Serviceleistungen, Auftragslagen und Öffnungszeiten mangels Personal reduzieren. Gleichzeitig brauchen wir u. a. für Klimaschutz und die digitale Transformation technische und naturwissenschaftliche Fachkräfte. Als schwarz-grüne Regierungskoalition gehen wir die Herausforderung an und wollen mit einer branchenübergreifenden Arbeits- und Fachkräfteoffensive den Bedarf an qualifiziertem Personal sichern. So unterstützen wir die Unternehmensgründungen durch Meisterinnen und Meister im Hand-

werk und stärken und modernisieren außerbetriebliche und schulische Ausbildungszentren. Damit entlasten wir zum einen die Betriebe und schaffen zum anderen einen Anreiz auszubilden. Zudem wollen wir das Angebot im MINT-Bereich an den Hochschulen stärken und mehr junge Menschen dafür begeistern, insbesondere Frauen und Menschen mit internationaler Geschichte. Für Sozial- und Erziehungsberufe wollen wir die Ausbildung stärken und Bürokratie abbauen, um mehr Personal zu gewinnen. Den hohen gesellschaftlichen Wert dieser Arbeit heben wir zudem mit einer Kampagne hervor und werben für die Berufe. Darüber hinaus ist klar: NRW braucht Fachkräfte – auch aus dem Ausland. Die Anerkennung ausländi-



scher Berufsabschlüsse wollen wir daher nach dem Prinzip „Von der Kompetenz zum Papier“ vereinfachen – also die praktische Kompetenz in den Vordergrund stellen und überprüfen. Unser Ziel ist es, mit der

Arbeits- und Fachkräfteoffensive Zukunftsperspektiven für die Menschen und Unternehmen in unserem Land zu schaffen. Dafür behalten wir die Herausforderungen im Blick und treiben die Fachkräfteoffensive mit weiteren gezielten Maßnahmen voran.



## FDP-Landtagsfraktion fordert neues „Cyber-Hilfswerk“ für den Katastrophenfall

Um digitale Infrastrukturen bei Katastrophen und Cyberangriffen funktionsfähig zu halten und schnell wiederherzustellen, schlägt die FDP-Landtagsfraktion NRW vor, eine spezialisierte IT-Notfall-Einheit zu gründen. Über das sogenannte „Cyber-Hilfswerk“ (CHW) sollen ehrenamtlich tätige Spezialistinnen und Spezialisten im Notfall schnell die hauptamtlichen Einsatzkräfte unterstützen. „Wir wollen technische Expertise und Einsatzbereitschaft in dem neuen Cyber-Hilfswerk bündeln. Vergleichbar mit dem Technischen Hilfswerk, zielt das CHW darauf



Dr. Werner Pfeil (FDP)

ab, insbesondere kritische Infrastruktur instand zu halten oder wiederaufzubauen. Die IT-Helferinnen und -Helfer des CHW sollen beispielsweise in Krankenhäusern, Energieunternehmen, Wasserwerken oder in der Verwaltung eingesetzt werden“, erläutert Dr. Werner Pfeil, Sprecher der FDP-Landtagsfraktion für Katastrophenschutz.

Mit dem neuen CHW sollen die kritischen Infrastrukturen in NRW bei Angriffen widerstandsfähiger gemacht werden. Denn Cyberangriffe, beispielsweise auf unsere Energieinfrastruktur, oder der Ausfall der

Stromversorgung könnten weitreichende Konsequenzen haben. Die FDP-Landtagsfraktion setzt zudem auf einen Masterplan mit standardisierten Katastrophenschutzplänen. „Wir brauchen einheitliche Katastrophenschutz-Leuchttürme flächendeckend in jeder Gemeinde in NRW. Diese Leuchttürme sichern im Falle eines Stromausfalls die Kommunikation der Bürgerinnen und Bürger und dienen als Anlaufpunkt im Katastrophenfall, um die Arbeit der Einsatzkräfte, Behörden und des medizinischen Rettungspersonals zu koordinieren“, erklärt Pfeil.



## Chemisches Recycling – Chance oder Augenwischerei?

Die AfD-Fraktion NRW steht jeder technologischen Fortentwicklung, die zur Umweltschonung beiträgt, offen gegenüber. Müll, der nicht mehr verbrannt werden muss, sondern mittels chemischer Verfahren als quasi neuwertiger Kunststoff verwendet werden kann, das klingt zunächst nach einer guten Sache. Es sind jedoch einige Fragen offen, die es im Prozess zu klären gilt. Ein nicht unwesentlicher Bestandteil der Müllverbrennung dient der Wärmegewinnung. Wie hoch ist also der Brennwert der nun zu recycelnden Masse? Wie soll dieser ausgeglichen werden?

Ein Chemiker sagte mir mal: „Die meisten Leute wissen, dass wir aus Öl Aspirin machen können. Die wenigsten allerdings wissen, dass wir aus Aspirin auch Öl machen können. Das ist alles eine Frage der Prozesse, eine Frage von



Christian Loose (AfD)

Stoffen und von Energie.“ – Wie verhält es sich hier mit den einzusetzenden Stoffen? Wie sieht es mit deren Umweltverträglichkeit aus?

Zufriedenstellende Antworten auf diese und weitere Fragen hielt die Anhörung nicht bereit. Wenn das chemische Recycling dafür sorgt, dass unsere Joghurtbecher wieder zu Klarsichtfolien werden, dann ist das gut. Wenn sie aber bei der Wärmeerzeugung fehlen, dann ist es eine Milchmädchenrechnung. Vor dieser Abwägung stehen wir.





## Kleingärten

11.1.2023 – Das Kleingartenwesen in Nordrhein-Westfalen war Thema im Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume. In einem Gespräch mit den Abgeordneten berichteten der Landesverband Westfalen und Lippe der Kleingärtner sowie der Landesverband Rheinland der Gartenfreunde über ihre Arbeit und Aufgaben. Das Kleingartenwesen blicke in Nordrhein-Westfalen auf eine rund 100-jährige Geschichte zurück, teilten die Verbände mit. Es erfülle wichtige soziale, ökologische und städtebauliche Funktionen. Anlagen seien öffentlich zugänglich. Dass sie einen wichtigen Beitrag für das Klima in Städten leisteten, zeige sich u.a. daran, dass Temperaturen in Siedlungen rund zwei Grad niedriger seien als in der unmittelbaren Umgebung. Die Möglichkeit, einen Kleingarten zu erwerben, sei auch für Menschen mit kleineren Einkommen möglich. Die Grundlage dazu lege das Bundeskleingartengesetz. Demnach seien der Pachtzins und Preise für den Erwerb einer Laube „sozialverträglich“ zu gestalten. Gerade in Städten gebe es derzeit eine hohe Nachfrage an Gärten, mit Wartezeiten von bis zu zehn Jahren. Da es an freien Flächen mangle, entstünden aktuell kaum neue Kleingartensiedlungen.

## Terrorverdacht

Januar 2023 – Rechts- und Innenausschuss haben sich im Januar in mehreren Sitzungen mit den Hintergründen eines mutmaßlich geplanten Terroranschlags befasst. Spezialkräfte der Polizei hatten am 8. Januar 2023 in Castrop-Rauxel zwei Männer aus dem Iran, 25 und 32 Jahre alt, festgenommen. Die Brüder werden verdächtigt, im Auftrag des „Islamischen Staats“ für Silvester 2022/2023 einen Anschlag mit den Giftstoffen Cyanid und Rizin geplant zu haben. Der Jüngere war in der Vergangen-

heit u.a. wegen versuchten Mordes zu sieben Jahren Haft verurteilt worden, weil er von einer Autobahnbrücke einen Ast auf die Windschutzscheibe eines Fahrzeugs geworfen hatte. Er befand sich im Maßregelvollzug, durfte aber im Zuge von Lockerungen zeitweise außerhalb der Einrichtung übernachten. Beide Männer sitzen in Untersuchungshaft.

## Kultur und Klima

19.1.2023 – Über die neue Internetplattform [www.kultur-klima.de](http://www.kultur-klima.de) erhalten Kultureinrichtungen in Nordrhein-Westfalen seit Ende Dezember 2022 Unterstützung bei der Bewältigung der aktuellen Energiekrise. Die Kulturdezernentinnen der Landschaftsverbände Westfalen-Lippe und Rheinland, Dr. Barbara Rüschoff-Parzinger und Dr. Corinna Franz, stellten die gemeinsame Plattform im Ausschuss für Kultur und Medien vor. Sie wurde mit Unterstützung des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft entwickelt. Rüschoff-Parzinger betonte, dass die derzeitige Energiekrise die Kultureinrichtungen im Land vor große Herausforderungen stelle. Diese fragten sich beispielsweise, wie sie Energie sparen oder ob Änderungen an den Klimaanlagen zu Schäden an Exponaten führen könnten. Es herrsche eine große Unsicherheit. Daher sei in kürzester Zeit diese Plattform freigeschaltet worden, um den Einrichtungen zügig Hilfe und Unterstützung zu bieten. Die Seite solle in diesem Jahr weiterentwickelt werden. Geplant seien zudem Veranstaltungsreihen.

## Lützerath

19.1.2023 – Sprecherinnen und Sprecher aller Fraktionen haben der Polizei im Innenausschuss für ihren Einsatz bei der Räumung von Lützerath (11. bis 15. Januar) gedankt. Die Ortschaft soll dem Braunkohletagebau Garzweiler weichen. Klimaaktivistinnen und -ak-

tivistinnen hatten sie deshalb besetzt und gegen den Kohleabbau demonstriert. Es habe sich um einen der größten Polizeieinsätze in der Geschichte Nordrhein-Westfalens gehandelt, sagte [Marc Lürbke](#) (FDP). Der große Teil der Demonstrierenden sei friedlich gewesen und habe sich an die Regeln gehalten. Allerdings hätten sich auch „Militante unter dem Deckmantel des Klimaschutzes“ vor Ort aufgehalten. [Christina Kampmann](#) (SPD) lobte den „hoch professionellen und deeskalierenden Einsatz“ der Polizei. [Markus Wagner](#) (AfD) dankte der Polizei ebenfalls für ihre „hervorragende Arbeit“. [Dr. Julia Höller](#) (Grüne) hob die „Geduld und Umsicht“ der Polizistinnen und Polizisten hervor. Ihr Dank gelte „allen, die zur Deeskalation beigetragen haben“. [Dr. Christos Katzidis](#) (CDU) bezeichnete den Einsatz als „professionell“ und „besonnen“. Innenminister [Herbert Reul](#) (CDU) hatte den Ausschuss zuvor über Details informiert. Fast 500 Straftaten seien im Zusammenhang mit der Räumung begangen worden. In fünf Fällen werde aber auch gegen Polizeikräfte ermittelt. In der Spitze seien bis zu 3.700 Kräfte eingesetzt worden.

## Fluthilfen

20.1.2023 – Der Ausschuss für Heimat und Kommunales hat sich mit Hilfen für den Wiederaufbau nach der Flutkatastrophe im Jahr 2021 beschäftigt. Aus einem Bericht ([18/752](#)) der Landesregierung geht hervor, dass zu Beginn des Jahres 2023 rund 23.500 Anträge auf Gewährung von Wiederaufbauhilfen vorlagen. Bisher seien Hilfen in Höhe von rund 2,66 Milliarden Euro bewilligt worden. Zwar sei der Anteil der eingegangenen Anträge in den vergangenen Monaten gestiegen. Insgesamt seien aber deutlich weniger Anträge eingereicht worden als im Herbst 2021 erwartet. Laut Bericht können Anträge auf Aufbauhilfe noch mindestens bis Mitte 2023 gestellt werden. Eine Fristverlängerung werde angestrebt.

# Porträt: Thorsten Schick (CDU)



Thorsten Schick sitzt in seinem Büro im Landtag, große Schiffe ziehen hinter ihm den Rhein entlang. „Man sagt, das hier sei eines der schönsten Büros im Landtag“, erzählt Schick. Mit mehr als 94 Prozent der Stimmen hat die CDU ihn in dieser Legislaturperiode zum Fraktionschef gewählt – ein Ergebnis, von dem Schick in seinem Wahlkreis nur träumen kann: Denn der Märkische Kreis I ist hart umkämpft, seit Schick 2005 das erste Mal in den Landtag einzog, musste er bei jeder Wahl darum bangen. „Das macht einem immer wieder bewusst, dass ein Mandat eben ein Job auf Zeit ist, für den man sich das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler stets neu erarbeiten muss.“

So kam es auch, dass Schick 2010 das Duell gegen den SPD-Direktkandidaten verlor und bis zur Neuwahl 2012 eine Pause von der Landespolitik einlegen musste. „Ich hatte das Glück, dass ich in den zwei Jahren als Lehrer in einer Hauptschule arbeiten konnte, das hat mir viele neue Perspektiven eröffnet“, sagt er. Noch heute freue er sich, wenn er Schüler von damals treffe, die jetzt als Meister bei großen Unternehmen in der Region arbeiten.

Ihn selbst zog es schon während der Schulzeit in die Politik: Als seine Schule in Iserlohn mit einer anderen zusammengelegt werden sollte, trat Schick als 14-Jähriger in die Junge Union ein, kam dort auch direkt in den Vorstand. Als sachkundiger Bürger saß er schon zu Schulzeiten im Schulausschuss – „da durfte ich sogar mit darüber entscheiden, welcher meiner Lehrer befördert wird“, erinnert er sich.

Neben dem Studium der Betriebswirtschaft arbeitete Schick als Sportjournalist – noch heute erinnert er sich gern an die Zeit mit Ottmar Hitzfeld am Trainingsplatz: Die Berichterstattung über seinen Lieblingsverein Borussia Dortmund gehörte zu seinen festen Aufgaben. Die Politik aber ließ Schick nicht mehr los: „Ich

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Thorsten Schick, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion. Der 51-jährige Abgeordnete aus Iserlohn ist Diplom-Kaufmann, hat aber auch als Journalist und Lehrer gearbeitet.

habe für mich festgestellt: Als Journalist kannst du Entwicklungen zwar kritisieren – als Politiker hast du aber die Möglichkeit, sie zu verändern und darüber zu entscheiden.“

Nach vielen Jahren in der Kommunalpolitik bot die CDU ihm 2005 den Landtagswahlkreis an – Schick nahm an und gewann. Während er in Iserlohn weiter in der Kommunalpolitik aktiv blieb, arbeitete sich Schick in Düsseldorf in die Medienpolitik ein, engagierte sich aus der Opposition heraus zwischen 2012 und 2017 für die Breitbandversorgung: „Das Brett war dick, aber wir haben immer weiter gebohrt“, erinnert sich der Abgeordnete, der damals an der Seite des wirtschaftspolitischen Sprechers Hendrik Wüst arbeitete.

Doch nicht nur die Themen veränderten sich mit seinem Wechsel nach Düsseldorf – auch die Reaktionen auf politische Vorhaben: „Wenn du in der Kommunalpolitik etwas entscheidest, was den Menschen nicht gefällt, gibt’s ’nen Spruch beim Schützenfest – hier in Düsseldorf bekomme ich böse Briefe bis hin zu Drohungen.“ Ganz besonders, als Schick während der Corona-Pandemie plötzlich mehr in den Fokus der Öffentlichkeit rückte: Als für Gesundheitspolitik zuständiger Fraktionsvize musste er regelmäßig die neuen Beschlüsse auch vor Kameras rechtfertigen – „das war schon eine ganz neue Erfahrung“, erzählt Schick.

Auch neu ist die politische Konstellation der aktuellen Regierung: Eine Koalition aus CDU und Grünen hat es in NRW auf Landesebene bislang nicht gegeben, für Schick ist das eine große Chance: „Wir müssen uns nicht an früheren Kompromissen orientieren, können wirklich versuchen, ganz neue Antworten zu finden“, sagt er.

Dass er vom Journalismus in die Politik gewechselt ist, hat für Schick auch einen weiteren Vorteil: Seinem Lieblingsverein, dem BVB, muss er nun nicht mehr mit professioneller Distanz gegenüber treten. „Jetzt kann ich auch mal richtig emotional werden“, lacht er. Am liebsten bei Heimspielen auf der Tribüne, für die er eine Dauerkarte hat. Während man ihn samstags also häufig in Dortmund antrifft, pendelt Schick ansonsten zwischen seiner Heimat Iserlohn und Düsseldorf – ein Kontrast, den er mag: „In Iserlohn ist alles familiärer, ich bin schnell in der Natur und kenne immer irgendjemanden. Hier in Düsseldorf genieße ich dann vor allem, dass

man vom Landtag aus mit wenigen Schritten ein großes Gastronomieangebot hat und nicht überlegen muss, ob ein Restaurant geöffnet hat oder nicht.“

*Maike von Galen*

## Zur Person

Thorsten Schick wurde am 2. September 1971 in Iserlohn geboren. Er hat Betriebswirtschaftslehre an der Universität Köln studiert. Das Studium schloss er als Diplom-Kaufmann ab. Von 1991 bis 2010 arbeitete Schick als freier Journalist, von 2010 bis 2012 als Hauptschullehrer. Er ist Vorsitzender der CDU im Märkischen Kreis. Schick war von 2005 bis 2010 erstmals Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen. Im Mai 2012 zog er erneut ins Landesparlament ein. Von Juli 2017 bis Juni 2022 war der Iserlohner stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, seit Juni 2022 ist er Fraktionsvorsitzender.

## Nachgefragt

### Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

„Die Kammer“ von John Grisham. Das Buch ist ein leidenschaftliches Plädoyer für das Leben und gegen die Todesstrafe. Leider gibt es auch heute noch demokratische Staaten, in denen die Todesstrafe nicht abgeschafft ist. Der Krimi zeigt diese Unmenschlichkeit.

### Welche Musik hören Sie gerne?

Ich habe keine festgelegte Musikrichtung. Es gibt einzelne Lieder, die mich in bestimmten Lebensphasen begleitet haben. Dazu gehören Nena genauso wie Van Halen oder Coldplay. Mit diesen Songs kann ich mich jederzeit in eine gewünschte Stimmung versetzen.

### Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Senf. Man unterstellt Politikern ja gerne, überall ihren Senf dazugeben zu wollen. Bei mir stimmt das zumindest mal bei Wurst und Käse.

### Ihr liebstes Reiseziel?

Das kommt auf die Jahreszeit an. Im Winter geht es in die Berge zum Skifahren. Im Sommer sollte Strand zumindest in der Nähe sein. Die ideale Kombination ist in den warmen Monaten Strand und Stadt, damit ich auch ein paar Eindrücke mit zurücknehmen kann.

## Kurz notiert

### Trauer um Benedikt

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat den verstorbenen emeritierten Papst Benedikt XVI. gewürdigt. Der Präsident sagte: „Papst Benedikt hat sein Wirken und Leben in den Dienst der Kirche gestellt. Sein Weg führte ihn auch nach Nordrhein-Westfalen, wo der Professor an den Universitäten Bonn und Münster gelehrt hat. Mich hat besonders die Bereitschaft zur Abgabe seines Amtes beeindruckt: Er trat zurück, als seine Kräfte nachließen. Auch in Nordrhein-Westfalen trauern viele Gläubige um Benedikt XVI.“ Der emeritierte Papst und frühere Erzbischof von München und Freising, Joseph Kardinal Ratzinger, war am 31. Dezember 2022 im Alter von 95 Jahren in Vatikanstadt gestorben. Er war von 2005 bis zu seinem Rücktritt im Februar 2013 Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche.

### Mongolei

Am 16. Januar 2023 hat der Präsident des Landtags, André Kuper, den Botschafter der Mongolei in Deutschland, Dr. Birvaa Mandakhbileg, empfangen. Eine große Ehre wurde zudem dem früheren Direktor beim Landtag, Prof. Heinrich A. Große-Sender, zuteil. Der Botschafter der Mongolei verlieh ihm den Staatsorden „Polarstern“ für seine Verdienste um die mongolische Demokratie. Seit 1992 unterstützt Große-Sender das mongolische Parlament in verwaltungsorganisatorischen Fragen. Mit der Ordensverleihung ehrt die mongolische Regierung langjährige Freunde und Unterstützer des Landes.

### Gestorben

16.1. Manfred Böcker (82/SPD)  
MdL 1980 – 2005

### Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe von Landtag Intern erscheint am 4. April 2023. Sie ist bereits ab Freitagnachmittag, 31. März 2023, online abrufbar unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)



## Segen für den Landtag

Am Dreikönigstag haben wieder die Sternsinger den Landtag besucht und den Segen zum neuen Jahr mitgebracht. Über viele Türen im Parlament schrieben sie den Segensspruch „20\*C+M+B+23“. Die Buchstaben stehen für „Christus mansionem benedicat“ (Christus segne dieses Haus). Der Direktor beim Landtag, Thomas Dautzenberg, begrüßte die Kinder aus der Katholischen Kirchengemeinde St. Martin aus Düsseldorf. In diesem Jahr stand das Dreikönigssingen unter dem Motto „Kinder stärken, Kinder schützen – in Indonesien und weltweit“ und machte auf den Schutz von Kindern vor Gewalt aufmerksam.

Fotos: Schälte

